



Frankreich hat sich entschieden. Mit der deutlichen Zustimmung der Nationalversammlung zur aktualisierten Militärplanung 2024–2030 verfolgt Paris nicht nur eine haushaltspolitische Kurskorrektur, sondern eine geopolitische Neuvermessung seiner Rolle in Europa. 436 Milliarden Euro sollen bis 2030 in die Streitkräfte fließen, 36 Milliarden mehr als bislang vorgesehen. In Zeiten chronischer Staatsdefizite und wachsender sozialer Spannungen ist das keine gewöhnliche Budgetentscheidung, sondern eine strategische Prioritätensetzung.

Die Botschaft richtet sich nach außen wie nach innen. Nach außen signalisiert Frankreich seinen Anspruch, Europas militärischer Kernstaat zu bleiben – unabhängig davon, wie sich die Vereinigten Staaten unter einer möglichen zweiten Trump-Präsidentschaft positionieren könnten. Nach innen soll die massive Aufrüstung den Eindruck staatlicher Handlungsfähigkeit vermitteln, nachdem Frankreich in den vergangenen Jahren mehrfach seine Grenzen militärischer und administrativer Leistungsfähigkeit erfahren hat: in der Sahelzone, während der Energiekrise, im Kampf gegen den Terrorismus und angesichts gesellschaftlicher Polarisierung.

Der Begriff des „réarmement“, den Regierungsmitglieder inzwischen offensiv verwenden, ist dabei mehr als eine militärische Formel. Er steht für eine umfassendere Vorstellung nationaler Resilienz. Frankreich will sich gegen eine Welt wappnen, die aus Sicht der politischen Führung dauerhaft unsicherer geworden ist.

Der Ukrainekrieg verändert Europas Sicherheitsarchitektur

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa eine sicherheitspolitische Zäsur ausgelöst. Was jahrzehntelang als theoretisches Szenario galt – ein konventioneller Krieg auf europäischem Boden –, ist zur Realität geworden. Frankreich reagiert darauf anders als Deutschland.

Während Berlin mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro vor allem Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren will, verfolgt Paris einen langfristig angelegten strategischen Ansatz. Frankreich versteht Verteidigung traditionell als Ausdruck staatlicher Souveränität. Die nukleare Abschreckung, die globale Militärpräsenz und der ständige Sitz im UNO-Sicherheitsrat prägen dieses Selbstverständnis seit Charles de Gaulle.

Die nun beschlossene Militärplanung knüpft daran an. Investiert werden soll nicht nur in klassische Rüstungsgüter, sondern in Aufklärung, Drohnen, Cyberabwehr,



Weltraumkapazitäten und industrielle Produktionsketten. Frankreich hat erkannt, dass moderne Kriege weniger von technologischer Überlegenheit allein entschieden werden als von Durchhaltefähigkeit, logistischer Tiefe und industrieller Skalierbarkeit.

Gerade der Ukrainekrieg hat gezeigt, wie schnell westliche Armeen an Produktionsgrenzen stoßen. Munition, Ersatzteile und Luftabwehrsysteme werden zu strategischen Ressourcen. Frankreich versucht deshalb, seine Verteidigungsindustrie enger an staatliche Planungsziele zu binden. Der Staat kehrt damit in eine Rolle zurück, die in Frankreich nie ganz verschwunden war: als strategischer Dirigent der Industriepolitik.

Europas Sicherheitsordnung ohne amerikanische Rückendeckung

Die französische Aufrüstung ist zugleich Ausdruck wachsender Unsicherheit gegenüber den Vereinigten Staaten. Zwar bleibt die Nato das Fundament europäischer Verteidigung. Doch in Paris wächst seit Jahren die Sorge, Europa könne sich zu stark auf amerikanische Sicherheitsgarantien verlassen.

Diese Debatte begann nicht erst mit Donald Trump. Schon Barack Obama hatte eine stärkere Lastenteilung gefordert. Der chaotische Abzug aus Afghanistan verstärkte in Europa zusätzlich Zweifel an der strategischen Berechenbarkeit Washingtons. Sollte sich die amerikanische Außenpolitik künftig stärker auf den Indopazifik konzentrieren, müsste Europa sicherheitspolitisch deutlich eigenständiger handeln können.

Frankreich sieht sich deshalb als Motor einer europäischen „strategischen Autonomie“. Präsident Emmanuel Macron wirbt seit Jahren dafür, Europas militärische Fähigkeiten auszubauen, ohne die transatlantische Partnerschaft formell infrage zu stellen. Die Realität bleibt allerdings kompliziert. Viele osteuropäische Staaten vertrauen weiterhin primär auf die Vereinigten Staaten und betrachten französische Autonomiepläne mit Skepsis.

Dennoch verschiebt sich das Kräfteverhältnis. Frankreich verfügt inzwischen über einen strategischen Vorteil: Es besitzt als einzige EU-Macht Nuklearwaffen, eine einsatzfähige Rüstungsindustrie und militärische Interventionsfähigkeit. In einer unsichereren Welt gewinnt dieses Profil an Gewicht.



Die innenpolitische Belastungsprobe

So überzeugend die sicherheitspolitische Logik erscheinen mag, so heikel bleibt die innenpolitische Dimension. Frankreichs Staatsfinanzen befinden sich in einem angespannten Zustand. Die Verschuldung liegt bei über 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das Haushaltsdefizit bleibt deutlich oberhalb der europäischen Stabilitätskriterien.

Vor diesem Hintergrund wirkt die massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben politisch riskant. Denn jeder zusätzliche Euro für die Streitkräfte konkurriert mit Sozialleistungen, Bildung, Gesundheitswesen oder der ökologischen Transformation. Frankreich ist ein Land mit hoher Staatsquote und gleichzeitig wachsender gesellschaftlicher Unruhe. Rentenreformen, Kaufkraftverluste und die Krise öffentlicher Dienstleistungen haben das Vertrauen vieler Bürger in den Staat bereits beschädigt.

Die Regierung versucht deshalb, die Aufrüstung nicht als Gegensatz zum Sozialstaat darzustellen, sondern als Voraussetzung nationaler Stabilität. Verteidigungspolitik wird zunehmend mit wirtschaftspolitischen Argumenten verknüpft: Arbeitsplätze in der Industrie, technologische Innovationen und strategische Unabhängigkeit sollen den finanziellen Aufwand legitimieren.

Ob diese Argumentation langfristig trägt, bleibt offen. Frankreich hat in der Vergangenheit mehrfach ambitionierte Staatsprogramme beschlossen, deren Finanzierung später politisch umkämpft war. Entscheidend wird sein, ob das Wachstum hoch genug bleibt, um den steigenden Verteidigungsetat ohne drastische Einschnitte an anderer Stelle zu tragen.

Ein bemerkenswerter parteipolitischer Konsens

Bemerkenswert ist zudem die politische Breite der Zustimmung. Dass sowohl Teile der Sozialisten als auch der Rassemblement national die Vorlage unterstützten, verweist auf einen grundlegenden Wandel der französischen Debatte. Fragen nationaler Sicherheit entziehen sich zunehmend der klassischen Links-Rechts-Logik.

Die Opposition kritisiert weniger die Notwendigkeit militärischer Stärke als deren konkrete Ausgestaltung. Linke Parteien warnen vor Eingriffen in Bürgerrechte und kritisieren neue Sicherheitsinstrumente wie den geplanten „état d’alerte de sécurité nationale“. Dahinter steht die Sorge, Frankreich könne sich schrittweise an einen permanenten Ausnahmezustand gewöhnen.



Diese Debatte ist nicht neu. Seit den Terroranschlägen von 2015 hat Frankreich seine Sicherheitsarchitektur kontinuierlich verschärft. Der Staat beansprucht mehr Befugnisse, um auf hybride Bedrohungen, Cyberangriffe oder terroristische Risiken reagieren zu können. Die Grenze zwischen äußerer Verteidigung und innerer Sicherheit wird dabei zunehmend unscharf.

Gleichzeitig zeigt der breite parlamentarische Konsens, wie tief das Gefühl geopolitischer Verwundbarkeit inzwischen reicht. Frankreich betrachtet die internationale Ordnung nicht mehr als stabilen Rahmen, sondern als konfliktreiches Umfeld, in dem Machtpolitik zurückkehrt.

Europa erlebt damit eine Entwicklung, die lange undenkbar schien: die Rückkehr des Militärischen in den politischen Alltag. Frankreich geht dabei voran – aus strategischer Überzeugung, aber auch aus historischer Erfahrung. Die Frage ist längst nicht mehr, ob Europa aufrüstet. Entscheidend wird sein, ob diese Aufrüstung wirtschaftlich tragfähig, politisch legitimiert und strategisch kohärent bleibt.

Autor: P. Tiko